

Felix Geyer

„Christliches Abendland“? – Zerfallserscheinungen in Europa als Herausforderung Christlicher Sozialethik

Bericht über das 27. Forum Sozialethik 2017
in der Katholischen Akademie Schwerte

Eine grundlegende Analyse und sozialethische Reflexion zum krisengeschüttelten Projekt Europa nahm das 27. Forum Sozialethik vor. Das Wiedererstarken (rechts-)nationaler Kräfte, der Brexit, Flucht und Migration – jedes einzelne dieser und noch viele andere europäische Krisenphänomene bedürfte eigener Analysen und Tagungen. In zwölf Vorträgen, verteilt auf fünf verschiedene Panels, widmeten sich junge Wissenschaftler*innen der Christlichen Sozialethik aus dem deutschsprachigen Raum dem Thema Europa.

Im ersten Panel näherten sich die Referent*innen den Zerfallserscheinungen, die in Europa seit der Banken- und Schuldenkrise und dem diesbezüglichen Krisenmanagement immer sichtbarer hervortreten.

Jonas Hagedorn (Frankfurt a. M.) leitete unter dem Titel „Zerfallserscheinungen in Europa? – Eine Bestandsaufnahme“ in das Forum ein. In einem ersten Schritt stellte er die Versprechen vor, die nach dem Zweiten Weltkrieg an die europäische Integration als Friedens(sicherungs)projekt geknüpft wurden. Zunehmend wurde das Integrationsprojekt aber als Marktintegrationsprojekt weiterentwickelt, was schließlich zur Euro-Gruppe führte. In einem zweiten Schritt analysierte er im Anschluss an Wolfgang Streeck die Ursachen der Eurokrise, insbesondere den Verzicht der (weniger konkurrenzfähigen) Nationalstaaten darauf, die eigene Währung abzuwerten, und stellte die diesbezüglichen Aporien der Euro-Konstruktion dar. Zum Abschluss richtete er dezidiert ethisch-normative Fragen an das Projekt Europa, für die die sozialethische Tradition bereits (wenngleich nationalstaatlich durchdachte) Antworten bereithält: Wie kann der Kapitalismus sozial temperiert werden, um mit demokratischen Bürgergesellschaften vereinbar zu sein? Welche belastbaren Solidaritätsverhältnisse lassen sich über nationale Grenzen hinweg ausmachen? Wie lassen sich die klassischen Prinzipien Solidarität, Subsidiarität und soziale

Gerechtigkeit in einem geeinten Europa denken? Hagedorn kam so zu zwei zentralen Postulaten für ein solidarisches Europa: Erstens dürfe es nicht zu einer Ummünzung von *sozialen* in *nationale* Fragen kommen, sondern zu einer Europäisierung der Sozialen Frage. Zweitens könne es keine Wirtschafts- und Währungsunion ohne Transferunion geben; letztere müsste normativ durch sozialstaatliche Essentials unterfüttert werden.

Einen zweiten Blick auf Europa lieferten *Jan-Hendrik Herbst (Dortmund)* und *Judith Wüllhorst (Münster)* mit einer Ursachenanalyse europäischer Krisenphänomene im Spiegel der Kritischen Theorie Adornos. Zunächst analysierten die beiden Referent*innen das Phänomen des Rechtspopulismus, das sich durch vier Merkmale auszeichnet: erstens eine Differenz von Innen und Außen, zweitens eine Differenz von asymmetrischen Beziehungen im Sinne eines ‚Die da oben‘ und ‚Wir hier unten‘, drittens eine antipluralistische Haltung bzw. eine Haltung, die eine Homogenität der Gruppe und ein ‚Wir‘-Gefühl unterstellt, sowie viertens eine Konzentration auf wenige hervorstechende Personen – im Sinne eines Personenkults. Mit Adorno fragten die Referent*innen dann nach den Ursachen des Populismus bzw. nach den psychologischen Mechanismen im Hintergrund des populistischen Phänomens und diagnostizierten, hier komme Projektion und die Dialektik des Narzissmus ins Spiel. Herbst/Wüllhorst betonten die Zusammenhänge von Individuum und Gesellschaft und stellten den methodischen Gewinn dieser Verknüpfung heraus. Inwiefern eine solche psychologische Perspektive von Einzelphänomenen sozialetisch anschlussfähig ist, wurde kontrovers diskutiert. Ob gesellschaftliche Entwicklungen und psychologische Projektionen und Pathologien von Individuen strikt zu trennen seien, blieb dabei eine offene Frage.

Andreas Fisch (Dortmund) ging in seinem Beitrag der Frage nach Europa und seinen Maßnahmen zur Reduktion der Flüchtlingszahlen nach. Er zeigte, wie vor allem die Bewertung konkreter politischer Entscheidungen schnell in Denkmustern verläuft, die in einfache Unterscheidungen zwischen guten und schlechten Lösungen münden. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund erweisen sich die konkreten Maßnahmen der EU zur Verminderung der Flüchtlingszahlen in mehrfacher Hinsicht als problematisch. „Allgemein“, so Fisch, „ist das Ziel, dass die Flüchtlingszahlen weltweit zurückgehen, ja sehr wünschenswert. Gemeinhin wird jedoch mit einer Reduktion von Flüchtlingszügen nur gemeint, dass die Einwanderung von Flüchtlingen nach Europa geringer wird!“ Das zeige bereits, dass konkrete Maßnahmen auf ethische

Maßstäbe angewiesen sind. Türkeiabkommen und Migrationspartnerschaften mit Ländern, aus denen Flüchtlinge nach Europa übersetzen, folgten oft nur dem zweiten Ziel, also die Zahl derer zu verringern, die in die EU einwandern. Dass auch andere Perspektiven auf Flucht und Migration eine Berechtigung haben und einer genaueren Analyse bedürfen könnten, machte Fisch deutlich und diskutierte die Frage, ob auch eine „mindergeachtete“ (pragmatische) Lösung, im angesprochenen Fall das Türkeiabkommen, nicht die zeitweilig politisch bessere Lösung sei. Kontrovers diskutiert wurde zudem, ob nicht, neben Folgenabwägung und rechtlicher Zulässigkeit, auch das Prinzip *ultra posse nemo obligatur* (Über das Können hinaus wird niemand verpflichtet) als pragmatisch-normativer Zugang zu einer derart komplexen Gemengelage herangezogen werden sollte.

Der nächste Tag startete mit einem Panel zur Selbstbeschreibung Europas und der europäischen Gesellschaft. Zunächst eröffnete *Felix Geyer (München)* mit einer Standortbestimmung zu Europas Werten. Nach einer Darstellung hermeneutischer Überlegungen zum Wertbegriff arbeitete er mit der von Clyde Kluckhohn genannten Arbeitsdefinition. Sie fasst Werte nicht als feste Entitäten, sondern als Konzeptionen des Wünschenswerten und vor allem als Wertbindungen auf, die jedoch nicht nur individuelle, sondern auch makrosoziale Orientierungs- und Kommunikationsfunktionen besitzen. Mit einem so gewonnenen operationalisierbaren Wertbegriff galt ein zweiter Schritt dem Blick auf mögliche Werte Europas. Hier stellte Geyer zunächst zwei Perspektiven vor: Entweder betrachtet man die Werte soziologisch als empirische Gegebenheiten und kommt damit durch Abfragen der verschiedenen Präferenzen in den verschiedenen Ländern Europas (wie es der World Value Survey tut) zu großen Übereinstimmungen in manchen Wertebereichen. Eine zweite wäre die Untersuchung der Entwicklung der Grundlagentexte Europas im Hinblick auf die z. B. im Vertrag über die Europäische Union genannten Werte (Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Minderheitenschutz). In einem dritten Schritt präsentierte er mit Rémi Bragues Europaverständnis eine alternative Lesart zu Europas Identität. Dieses setzt keine feste europäische Identität voraus, sondern beschreibt Europa vor dem Hintergrund eines spezifischen Wesenszuges und der fortwährenden Anstrengung, diesen Wesenszug stets aufs Neue zu verwirklichen.

Im Anschluss an die beiden Krisendiagnosen, auf die der Titel der Veranstaltung anspielt, analysierte *Korbinian Zander (Frankfurt a. M.)*

Selbstbeschreibungen der Gesellschaft zwischen normativer Verklärung und soziologischer Aufklärung. Zunächst verfolgte er die Vorstellung, Gesellschaften bedürften der Integration respektive Kohäsion, und griff dafür auf die gesellschaftstheoretischen Entwürfe von Émile Durkheim und Talcott Parsons zurück. Anschließend ging er, u. a. mit Bezug auf Armin Nassehi, darauf ein, wie insbesondere rechte, aber auch linke und liberale Selbstbeschreibungen der Gesellschaft von der Vorstellung ausgehen, dass Zusammenhalt eine Lösung für die Probleme sei, die eine in vielen Hinsichten differenzierte, komplexe soziale Welt uns stellt. Zusammenhalt sei dabei einerseits eine wenig konkrete, universell zustimmungsfähige Formel und darin Werten nicht unähnlich. Wer Zusammenhalt als Lösung gesellschaftlicher Probleme vorstelle, verleihe seinem Weltbild ferner den Anschein sozialwissenschaftlich verbürgter Notwendigkeit. Andererseits entziehe er sich damit der Notwendigkeit, normative Forderungen zu begründen. Er naturalisiere gewissermaßen Problemlösungs-Zusammenhänge. In diesem Sinne – so Zander – sei die für das rechte Denken spezifische Vorstellung zu interpretieren, die Komplexität der modernen Gesellschaft über die Herstellung ethnisch oder kulturell homogener Gemeinschaften einfangen zu können. Da die Komplexität der modernen Gesellschaft jedoch gerade nicht in der Verschiedenheit ihrer Bewohner*innen, sondern in der sachlichen Pluralität ihrer Strukturen – also in ihrer Differenzierung in nebeneinander existierende, sachlich verschiedene und nicht über eine Spitze oder ein Zentrum integrierte Funktionssysteme (Luhmann) oder Felder (Bourdieu) – bestehe, zielten diese Angebote freilich am Problem vorbei. Ebenso griffen aber auch steuerungsoptimistische Entwürfe zu kurz. Mit diesem Fazit endete der Vortrag aporetisch, was eine kontroverse Diskussion zur Folge hatte.

Zwei parallele Vorträge prägten das Panel zum *Umgang mit Vielfalt*: Dominik Ritter (Regensburg) legte Gestaltungsprinzipien für diesen Umgang dar. In einer breit angelegten Collage ging er begriffsgeschichtlich auf die Bedeutung von Vielfalt und Pluralität sowie empirische Analysen und die Differenzierung verschiedener Bereiche und Ebenen dieser beiden Begriffe ein. Ritter optierte für einen egalitaristischen, von Pierre Rosanvallon inspirierten Zugang zum Thema, welcher Prinzipien der Gleichheit fordere, die mit der Individualität und Verschiedenheit der Individuen postmoderner Gesellschaften vermittelbar sein sollten. Einzigartigkeit, die Fähigkeit zur Reziprozität und die Suche nach Gemeinschaftlichkeit sind Realitäten, die heute zum Ausgangspunkt eines Denkens über die Gesellschaft werden müssen, so Ritter.

Zeitgleich sprachen *Judith Wüßhorst (Münster)* und *Jan Hendrik Herbst (Dortmund)* über die Methode der Themenzentrierten Interaktion (TZI) als subjektbezogener Handlungsoption zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen. Nach einer Darstellung der Prinzipien dieser aus der Kleingruppenpädagogik stammenden Methode entwickelte sich eine angeregte Debatte zur Frage, ob ein solcher Ansatz auch für eine gesellschaftlich-makrosoziale Perspektive dienlich sein könne. Es wurde deutlich, dass allein das Vertrauen auf Politik und Strukturen nicht auszureichen scheint und eine auf TZI-Prinzipien basierende Theorie für die kulturelle und die Bildungsebene auch gesellschaftliche Großtheorien flankieren könnte. Die Frage nach dem Zusammenhang von Individuum und Gesellschaft trat durch diese aus der Praxis stammende Methode deutlich zutage.

Ivo Frankenreiter (München) ging der Frage nach einer europäischen Identität im Angesicht von Populismus und neuen rechten Bewegungen nach. In Anschluss an Volker Weiß warf er einen differenzierenden und analysierenden Blick auf die Metapolitik des Rechtspopulismus. „Der Populismus der Neuen Rechten“, so Frankenreiter, „stellt Ressourcen zur Identitätskonstruktion bereit“. Damit sei der positive Beitrag des Populismus die Bekämpfung eines gesellschaftlichen Problems, das sich als Identitätsarmut kennzeichnen lasse. Dieses Problem der Identitätsarmut jenseits rechtspopulistischer Antworten anzugehen, hieße, positive Identitätsressourcen zu heben und eine europäische Identitätsstiftung voranzutreiben. Einen Ansatz dafür sah Frankenreiter z. B. in den Konzepten epistemischer Resilienz nach Clemens Sedmak. Die Ausbildung identitätsstiftender Resilienz entzieht populistischen Avancen den Nährboden und schafft – europäische – Identität, indem sie positive Bezugsgrößen für die Identitätskonstruktion des Einzelnen bereitstellt. In komplexen und vor allem prozesshaften Identitätskonstruktionen und in einem mosaikartig zusammengesetzten Europabild sah er Alternativen zu einem populistischen, antieuropäischen Narrativ.

Im anschließenden Beitrag eröffneten *Andrea Keller (Goslar)* und *Robert Kläsener (Dortmund)* eine praktische Perspektive, indem sie ihren Blick auf ein ganz konkretes Projekt richteten: Eine europäische *Summer School* der Kommende Dortmund, bei der sich jährlich junge Menschen verschiedener europäischer Länder zu einem mehrwöchigen Austausch treffen. Ausgehend vom Wertverständnis in EU-Rechtstexten zeigten sie auf, wie das mittlerweile seit mehreren Jahren stattfindende Projekt abläuft und mit welchen Herausforderungen diese Begegnungen konfrontiert

sind. Die Beschreibung und Analyse dieses v. a. auch durch osteuropäische Teilnehmer*innen geprägten Projektes zeigten Folgendes: Zunächst die Bedeutsamkeit der in den unterschiedlichen Ländern herrschenden Narrative über Europa, die durchaus kontrovers, wenn nicht konträr zueinander stehen; weiterhin den engen Zusammenhang von Biografie und Identität bei der Frage dieses Europabildes; schließlich aber auch die Veränderung von Meinungen durch dezidierte Beschäftigung mit Themen, aber auch durch persönliche Begegnungen mit anderen Europäer*innen. Identitäten, vor allem auch europäische Identitäten, sind keine Entitäten und statische Gegebenheiten. Auch hier wurde die sozial-ethische Anschlussfähigkeit solcher Projekte diskutiert.

„Populistische Bewegungen als Gefahr für ein geeintes Europa? Chantal Mouffes demokratietheoretischer Ansatz als Herausforderung sozialetischer Reflexion“, so war *Marius Menkes (Paderborn)* Beitrag betitelt. Er hinterfragte im Rückgriff auf Chantal Mouffe die elementaren Prozesse dessen, was Demokratie ausmacht. Demokratie, so die zentrale These, lebe vom Dissens. Die aktuelle Politik neige jedoch zu einem konsensorientierten Denken. Solche z. B. in der großen Koalition verwirklichte Konsensorientierung lasse der Opposition nur geringen und womöglich unwirksamen Spielraum für Dissens – ein großes Problem für die demokratische Öffentlichkeit und deren Debattenkultur. Agonistische Dissensorientierung sei nicht mit antagonistischer politischer Feindschaft zu verwechseln, es gehe um Streit und Kampf, nicht um Vernichtung des*r Gegners*in. Mit einem sozialetischen Plädoyer, das einem solchen agonalen Politikverständnis einen gemeinsamen moralischen Rahmen auf Basis der Gleichheit aller Menschen gibt, schloss der Beitrag.

Gunter Graf (Salzburg) fragte im folgenden Panel, das sich mit der sozialpolitischen Seite Europas beschäftigte, nach dem Menschen im Zentrum europäischer Sozialpolitik und beleuchtete dabei das Konzept der sozialen Investitionen aus sozialetischer Sicht. Vor dem Hintergrund des Sozialinvestitionspakets stellte er zunächst die Ziele sozialer Investitionen dar. Diese fokussieren Investitionen in den Menschen durch Übersetzung von Geldleistung in Dienstleistungen, die sozialpräventiv verstanden werden und nicht nur eine Symptombehandlung vorsehen. Kritische Anfragen stellte er an die Begrifflichkeiten, die eine ökonomistische Überformung der Sozialpolitik erahnen lassen. Weitere Gefahren sah er in einem verkürzten Verständnis von Arbeit nur als Erwerbsarbeit sowie in einer Ausblendung der Gemeinwohldebatte und – damit verbunden – in der Vernachlässigung einer strukturellen Komponente, die

erklärt, wieso vom Arbeitsgeschehen Ausgeschlossene nicht in den Blick genommen werden. Sozialethik – so hielt Graf abschließend fest – habe hier den Rahmen weiter zu fassen und kritisch auf Überlegungen zu reagieren, die soziale Investitionen zum quasi-regulativen Prinzip erheben.

In einem letzten Beitrag mit dem Titel „Solidarität – Maßstab für die europäische Integration“ stellte *Michael Wolff (Frankfurt a. M.)* die Grundlagen des französischen Solidarismus unter Bezug vor allem auf Léon Bourgeois als eine tragfähige Theorie sozialer Gerechtigkeit dar, welche (in Ansätzen) in die Christliche Sozialethik eingegangen ist. Léon Bourgeois ging von der Vorstellung aus, dass der Mensch als Schuldner der Gesellschaft geboren wird. Daraus folgt – so Bourgeois – das Motiv einer „sozialen Schuld“ (*dette sociale*) und damit eine moralische Verpflichtung zur finanziellen und moralischen Wiedergutmachung. Im Nachhinein schließen die Gesellschaftsmitglieder untereinander einen Vertrag (Quasi-Assoziationsvertrag), der jedem das Existenzminimum sowie Chancengleichheit garantiert. Dieser Vertrag fixiert die moralische Verpflichtung rechtlich und schützt zugleich vor einem Sein-Sollen-Fehlschluss. Auf Basis der normativen Aussagen dieser Solidaritätstheorie und ihrer praktischen Ausgestaltung nahm Wolff die Solidaritätsverhältnisse zwischen den EU-Staaten und ihren Bürger*innen ins Visier und plädierte in finanz- und wirtschaftspolitischer Perspektive für eine Ausgleichsunion, welche mit einem Maximum von 3 % des BIP als Obergrenze für Leistungsbilanzungleichgewichte sowie einer maximalen Höhe der kumulierten Auslandsschulden in Höhe der Exporteinnahmen korrespondiert. Weiterhin plädierte er in sozialpolitischer Perspektive für eine europäische Arbeitslosenversicherung, die asymmetrische Entwicklungen über Ländergrenzen hinweg auffangen könnte.

Mit einem fiktiven Dialog des Vorbereitungsteams *Jonas Hagedorn (Frankfurt a. M.)*, *Felix Geyer (München)*, *Anna Maria Riedl (Münster)* und *Werner Veith (München)*, der Themen der Tagung noch einmal aufrief, aber auch Lücken ansprach und analysierte, mündete das Forum in die Abschlussdiskussion. Trotz der sehr unterschiedlichen Perspektiven auf die Krisenphänomene standen auch viele Gemeinsamkeiten im Raum. Gerade durch die praxisorientierten Beiträge über TZI und die *Summer School* wurden der biografische Fokus und der bedeutende Zusammenhang von Identitätsbildung des Individuums und gesellschaftlicher Einbettung deutlich. Die gesellschaftlichen Analysen warfen immer wieder die Frage nach den sozialethisch relevanten Maßstäben auf. Deutlich wurde auch, dass Theoriekonzepte benötigt werden, die kommunizierbare

Maßstäbe liefern, um die Bewertung von Handlungsoptionen vornehmen zu können. Die mehrfach gestellte Frage nach dem Umgang mit Rechtspopulismus zog sich als roter Faden durch die Europathematik und offenbarte auch den selbstkritischen Blick der Nachwuchswissenschaftler*innen auf die eigene Disziplin, ihre theoretischen Ansätze und erforderlichen Neuausrichtungen.

Die zutage getretenen Bilder von Europa haben den Charakter fluider Identitätsvorstellungen, die sich eher an Eigenschaften und Inhalten als an großen homogenen Narrativen orientieren. Damit antworten sie auf die Komplexität und die Herausforderungen, vor denen die global ausgerichteten und von divergenten Einflüssen geprägten europäischen Gesellschaften stehen. Auf diese Weise retten die jungen Sozialethiker*innen zwar nicht das „Christliche Abendland“ – was sie auch nicht vorhatten –, ordnen aber die Krisenerscheinungen Europas auch als theoretische Herausforderung ihrer Disziplin ein und stellen sich den damit verbundenen Reflexionsaufgaben.

Über den Autor

Felix Geyer, Dipl.-Theol., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Christliche Sozialethik der Katholisch-Theologischen Fakultät der Ludwig Maximilians-Universität München. E-Mail: f.geyer@lmu.de.